

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst: Mehr Geld für Millionen Beschäftigte!

Einigung im Tarifstreit für 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst: Gehaltserhöhungen und neue Arbeitsbedingungen ab 2025.



Im Tarifstreit um die Gehälter der mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen wurde am 6. April 2025 eine entscheidende Einigung erzielt. Diese Einigung, die aus zahlreichen Verhandlungsrunden resultierte, bringt signifikante Einkommenssteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Ab dem 1. April 2025 profitieren die Beschäftigten von einer Einkommenserhöhung von 3%, mindestens jedoch 110 Euro monatlich. Eine weitere Erhöhung um 2,8% tritt ab dem 1. Mai 2026 in Kraft. Diese Regelungen sind Teil eines neuen Tarifvertrags, der rückwirkend ab dem 1. Januar 2025 für eine Laufzeit von 27 Monaten gelten wird. Während dieser Zeit sind

Warnstreiks oder Streiks in diesem Teil des öffentlichen Diensts ausgeschlossen. Dies wurde möglich, nachdem die Gespräche zwischen den Gewerkschaften Verdi und dbb Beamtenbund sowie den Arbeitgebern VKA und dem Bundesinnenministerium unter Schlichtung von Roland Koch und Henning Lühr erfolgreich verliefen.

Details zur Einigung

Die Einigung umfasst nicht nur Gehaltserhöhungen, sondern auch die Erhöhung des 13. Monatsgehalts sowie höhere Schichtzulagen, die ab dem 1. Juli 2025 auf 100 Euro für Schichtarbeiter und 200 Euro für Wechselschichtarbeiter angehoben werden. Darüber hinaus darf ein Teil des 13. Monatsgehalts in bis zu drei freie Tage umgewandelt werden. Ab 2027 ist zudem ein zusätzlicher Urlaubstag vorgesehen. Weitere Regelungen beziehen sich auf flexiblere Arbeitszeiten und die Einführung von Langzeitkonten, die es den Beschäftigten ermöglichen, ihre Arbeitszeit besser zu gestalten.

Die Verhandlungen waren von bedeutenden Spannungen geprägt. Ursprünglich hatten die Gewerkschaften eine Erhöhung von 8% oder mindestens 350 Euro pro Monat sowie drei zusätzliche freie Tage gefordert. Diese Forderungen wurden von den Arbeitgebern als nicht finanzierbar zurückgewiesen. In einer dritten Verhandlungsrunde boten die Arbeitgeber eine moderate Erhöhung von 5,5% an, was jedoch nicht den Erwartungen der Gewerkschaften entsprach.

Hintergrund der Verhandlungen

Seit Januar 2025 kam es zu wiederholten Warnstreiks, die auf die Unzufriedenheit der Beschäftigten in Kitas, Kliniken, an Flughäfen und bei der Müllabfuhr hinwiesen. Die Verhandlungen fanden in Potsdam statt und waren von einem Schlichtervorschlag geprägt, nachdem erste Verhandlungsrunden gescheitert waren.

Die Einigung wird als bedeutender Fortschritt für die Beschäftigten angesehen, die in wichtigen Bereichen wie der Verwaltung, im Nahverkehr und bei den Flughäfen tätig sind. Die Gewerkschaften äußerten jedoch Bedenken bezüglich des Drucks, der mit der Möglichkeit längerer Arbeitszeiten verbunden ist. Trotz dieser Bedenken wurde ein Kompromiss gefunden, der sicherstellt, dass niemand zur Erhöhung der Arbeitszeit gedrängt wird.

Für die Beschäftigten in den Ländern werden separate Verhandlungen im Herbst erwartet, die möglicherweise weitere Verbesserungen bringen können. Dies könnte den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst nachhaltig zu verbessern.

Die Einigung im Tarifstreit ist ein starkes Signal dafür, dass die Anliegen der Beschäftigten ernst genommen werden, auch wenn noch Herausforderungen zu bewältigen sind. Die Vereinbarung zeigt, wie wichtig es ist, dass beide Seiten sich auf Kompromisse verständigen, um im öffentlichen Dienst eine positive Entwicklung herbeizuführen.

Details	
Quellen	• www.radioeuskirchen.de • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de